



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. September 2018  
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

### **M 540 Motion Hunkeler Damian und Mit. über Diskussionen zu parlamentarischen Anfragen / Staatskanzlei**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Im Namen von Damian Hunkeler hält Erich Leuenberger an der Motion fest.

Erich Leuenberger: Die Anfrage ist ein politisches Instrument, das wir nicht missen möchten. Sie ist ein Werkzeug, das meistens richtig angewandt wird. Eigentlich sollte es klar sein, dass nur Anfragen eingereicht werden, die von einem öffentlichen Interesse sind oder wenn eine breite Öffentlichkeit die Meinung der Regierung erfahren möchte. Politische Profilierungsneurosen sind dabei aber fehl am Platz. Andere oder einfachere Fragen können dem Regierungsrat oder direkt dem Departement gestellt werden. Die Antworten auf die Anfragen sind immer sehr ausführlich und sachlich abgefasst. In den meisten Fällen würde sich deshalb eine Diskussion erübrigen. Wir diskutieren oft über Politthemen, die eigentlich nicht in diesen Rat gehören. Das ist falsch. Eine Mehrheit der Schweizer Parlamente diskutiert nur über Anfragen, wenn sich die Mehrheit des Parlaments dafür ausspricht. Auf eidgenössischer Ebene wird dieses Modell angewandt. Wir sind der Meinung, dass Minderheiten genügend Möglichkeiten haben, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Ich denke dabei an das Internet, die Printmedien oder das Verfassen von Leserbriefen. Wir müssen fast schon aufpassen, dass die Mehrheiten nicht von den Minderheiten gesteuert werden. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion hält an der Motion fest.

Claudia Huser Barmettler: Unsere Demokratie basiert darauf, dass Mehrheiten entscheiden und diese Entscheide von allen mitgetragen werden. Urschweizerisch ist dabei, dass in der Diskussion und Mitsprache Meinungen von Minderheiten ihren Platz finden und der Diskurs gepflegt wird. Mitmachen können alle, und alle hören zu, zumindest bisher. Jetzt schleicht sich aber mit diesem Vorstoss eine Haltung ein, welche diese urschweizerische Gepflogenheit Schritt für Schritt untergraben will. So sollen wir Anfragen im Rat nur noch dann diskutieren, wenn die Mehrheit das will. Was das heisst, wissen wir alle: Die Regierungsparteien entscheiden und nehmen den anderen drei Parteien das Wort. Damit werden Minderheiten systematisch mundtot gemacht. Heikle Themen und Anliegen von Minderheiten sollen im Rat nicht mehr diskutiert und unter den Tisch gekehrt werden. Grund soll ein effizienter Ratsbetrieb sein. Wir sind ebenfalls für Effizienz, aber diesbezüglich steht unser Rat, im Gegensatz zu anderen Kantonen wie etwa Baselland, schon gut da. Wir kennen die Redezeitbeschränkung, wir reichen unsere Anträge vorher ein, sodass geplant und vorbereitet werden kann, wir kennen das verkürzte Verfahren, wir sagen regelmässig Sessionstage ab und haben kürzlich die Regelung der Fraktionssitzungen im Sinn der Kosteneffizienz gestrafft. Damit nicht genug, es soll nun auch noch die Diskussion verboten werden. Das lehnen wir entschieden ab. Es gehört zu einer Demokratie, dass alle eine reelle Chance haben sollen und Diskussionen geführt und auch die Meinungen von Minderheiten gehört werden. Die GLP-Fraktion ist gegen diesen Abbau der Demokratie und lehnt die

Motion ab.

Patrick Schmid: Grundsätzlich hegen wir grosse Sympathie für den Vorstoss, demokratisch gesehen ist sein Anliegen aber bedenklich und nicht zielführend. Wir würden eher eine Beschränkung der Anzahl Anfragen pro Kantonsrat unterstützen. Dieser Vorstoss zeigt aber auch, dass bei den Anfragen ein Missverhältnis besteht. Zuweilen könnte man auf die Diskussion im Rat verzichten, nämlich dann, wenn man zwar mit der Antwort an sich nicht zufrieden ist, diese aber sachlich und gut dargelegt ist. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Michael Kurmann: Die CVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Der Ausdruck „Parlament“ stammt vom altfranzösischen „Parlement“ ab, was so viel wie „Unterredung“ oder „reden“ bedeutet. Die Diskussion und die Auseinandersetzung sind geradezu der Kern und der Sinn eines Parlaments. Die Anhörung und die Würdigung der Anliegen von Minderheiten ist ein zentraler Punkt. Die einzelnen Ratsmitglieder haben gemäss § 45 der Geschäftsordnung des Kantonsrates die Möglichkeit, den Abbruch einer Diskussion zu verlangen. Davon machen wir bereits Gebrauch. Schliesslich sind wir erwachsene, mündige und gewählte Bürger, die für ihre Wähler Politik machen. Die CVP sieht nicht ein, warum wir uns selber in unseren Rechten beschränken sollten. Jeder von uns kann zu einem effizienten Ratsbetrieb beitragen.

Hans Stutz: Wir sind hier um zu reden. Das sollen wir sachgerecht, kurz und bündig tun. Mit diesem Vorstoss soll die Minderheit mundtot gemacht werden. Dieses Vorgehen kennen wir bereits bei der Dringlicherklärung der Vorstösse, wo aus politischen Überlegungen wirklich dringliche Vorstösse abgelehnt werden. Zudem verbreitet die Motion unterschwellig die Botschaft, dass die Minderheiten nicht notwendige Anfragen einreichen und nicht notwendige Diskussionen heraufbeschwören, die zu nicht notwendigen Ausgaben führen. Die Grüne Fraktion lehnt die Motion ab.

Urban Sager: Die SP-Fraktion lehnt die Motion ab. Erich Leuenberger hat erklärt, dass das Instrument der Anfrage meistens richtig angewandt wird. Genau darum geht es. Man kann nicht von sich aus darauf schliessen, was richtig oder falsch ist. Ich masse mir nicht an zu erklären, welche Anfragen richtig oder falsch sind. Bei der Anfrage handelt es sich um ein klassisches parlamentarisches Minderheitsrecht. Deshalb muss man manchmal auch über Fragen diskutieren, die man selber nicht relevant findet. Solche Fragen sollen aber öffentlich und vor den Medien diskutiert werden können. Unser Rat arbeitet bereits effizient, eine weitere Effizienzsteigerung braucht es nicht. Die FDP stellt in diesem Fall das Geld vor die Demokratie, was wir nicht nachvollziehen können.

Herbert Widmer: Ich rege mich gelegentlich auch darüber auf, wenn fast alle Mitglieder einer Fraktion zu einer Antwort, die ihnen nicht passt, Stellung nehmen. Für alle im Saal Anwesenden kann das anstrengend sein. Der Ausdruck „Parlament“ beinhaltet auch das Wort „lamentare“. Mithilfe der Motion könnte dem ein Riegel geschoben werden. Für mich wäre das aber völlig falsch und undemokratisch. Geht es darum, gewissen Gruppierungen ein Podium zu ermöglichen? Nein. In jüngster Zeit hat es genügend Beispiele von undemokratischem Verhalten gegeben. So haben die SP, die Grünen und die GLP in der Stadt ein Postulat dringlich eingereicht und damit verhindert, dass der Stadtrat weiter über das Parkhaus Musegg diskutieren durfte, obwohl kurz darauf ein Planungsbericht veröffentlicht worden wäre. In einer Umfrage innerhalb der FDP haben 97,5 Prozent dieses Vorgehen als falsch und undemokratisch bezeichnet. Unter anderem deswegen haben wir eine Aufsichtsanzeige gegen den Stadtrat eingereicht. Unser Regierungsrat hat sich als nicht zuständig bezeichnet, weil der grosse Stadtrat das Aufsichtsorgan des Stadtrates sei, also das Parlament, durch das es überhaupt erst so weit gekommen ist. Wäre nach der Abschaffung des Regierungsstatthalters nicht der Regierungsrat dafür zuständig gewesen? Warum erzähle ich das überhaupt? Ich kann nicht gegen ein solches Vorgehen eine Aufsichtsanzeige einreichen und nun etwas Ähnlichem zustimmen. Wenn wir dieser Motion folgen, verlieren wir die Zeit, die wir damit gewinnen, dass wir darüber diskutieren, ob wir weiter diskutieren dürfen. Niemand kann einem Vorstösser das Recht nehmen, über das Diskussionsverbot zu diskutieren. Es besteht immer noch die Möglichkeit, den Abbruch der

Diskussion zu beantragen. Ich lehne die Motion ab.

Giorgio Pardini: Anfragen zu stellen, ist nicht nur ein Minderheitsrecht, sondern das Recht aller Parlamentarier. Wir sind von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden und haben deshalb sogar die Pflicht, Fragen zu stellen. Die Regierung hat wiederum die Pflicht, diese Fragen zu beantworten. Ich finde die letzten beiden Vorstösse der FDP, die eine weitere Einschränkung der demokratischen Rechte postulieren, mehr als fragwürdig in einer Zeit, in der die demokratischen Rechte permanent eingeschränkt werden und in der man gerne zu einem starken Führer oder einer Führerin zurückkehren möchte. Es ist wenig verständlich, dass ausgerechnet die FDP solche Vorstösse einreicht, ist es doch auch die FDP, die 1848 den Grundstein für die heutige Eidgenossenschaft gelegt und die demokratischen Rechte immer hochgehalten hat.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Motion will eine Effizienzsteigerung erzielen. Die Regierung setzt sich zwar für Effizienzsteigerungen ein, mit der Erheblicherklärung der Motion könnte aber auch das Gegenteil eintreffen. Es geht um die Einbettung der Rechte in das Gesamtsystem des Kantonsrates. Insofern hat es doch etwas mit Minderheiten zu tun, denn mit der Annahme der Motion könnte die Minderheit nicht mehr über ein Anliegen diskutieren. Was macht eine unterlegene Minderheit, wenn sie die in ihren Augen wichtigen Themen im Rahmen einer Anfrage nicht mehr diskutieren kann? Sie reicht ein Postulat ein und umgeht so das Mittel der Anfrage, und es gibt doch eine Diskussion. Der Ratsbetrieb wird dadurch nicht beschleunigt, im Gegenteil, es kann sogar zu einem Mehraufwand kommen. Laut der Motion werden bei der Behandlung von Anfragen oft politische Grundsatzdiskussionen geführt und damit einzig parteipolitische Standpunkte vertreten. Es ist die ursprüngliche Aufgabe des Parlaments zu diskutieren. Wenn Sie sich im Rahmen einer Anfrage nicht auf politische Grundsatzdiskussionen einlassen wollen, steht es Ihnen zu, nicht auf diese Diskussionen einzutreten. Die Regierung ist überzeugt, dass sich das heutige System bewährt. Wir empfehlen Ihnen deshalb, die Motion abzulehnen.

Der Rat lehnt die Motion mit 85 zu 11 Stimmen ab.